



Österreichischer
Städtebund

Stadtdialog

Schriftenreihe des
Österreichischen Städtebundes
Mai 2010

Kommunalpolitik
ist Europapolitik
Städte im Dialog mit Europa

15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Bilanz

Paul Schmidt

Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Seit nunmehr 15 Jahren ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Am 12. Juni 1994 hatten sich 66,6 % der ÖsterreicherInnen in einer Volksabstimmung für den Beitritt entschieden, am 1. Jänner 1995 wurde unser Land gemeinsam mit Finnland und Schweden in die EU aufgenommen. Wie beurteilen nun die ÖsterreicherInnen die EU-Mitgliedschaft im Rückblick?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) im März 2010 eine Umfrage bei der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) in Auftrag gegeben, wobei 752 Personen in ganz Österreich befragt wurden.

Hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die aktuelle Umfrage zeigt eine hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. 73 % der befragten ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass unser Land EU-Mitglied bleiben soll. 21 % sprechen sich für einen Austritt aus der EU aus. 65 % der Befragten halten die Beitrittsentscheidung aus heutiger Sicht für richtig, 30 % halten sie für falsch. Ein Blick auf die Umfragewerte der vergangenen 15 Jahre lässt erkennen, dass der Trend von EU-Befürwortung und EU-Skepsis – trotz mancher punktueller Abweichungen – im Großen und Ganzen erstaunlich konstant ist und den Werten der aktuellen Umfrage in hohem Maße entspricht.

Besonders Junge bis 25 Jahre („bleiben“: 82 %) sowie Befragte mit Matura oder Universitätsabschluss (79 % bzw. 90 %) sind EU-Fans. Kritisch wird die Mitgliedschaft hingegen von Personen ab 66 Jahre (für EU-Austritt: 27 %), von Befragten mit Berufs-, Handels- und Pflichtschulabschluss (für EU-Austritt: 34 %) sowie sozial Schwachen betrachtet.

58 % der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile für unser Land mit sich gebracht hat. Für knapp ein Viertel (24 %) überwiegen hingegen die Nachteile. 47 % der Befragten meinen, dass die EU-Mitgliedschaft für sie persönlich mehr Vorteile gebracht hat. Insgesamt 21 % haben mehr persönliche Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft erfahren.

Befürchtungen, dass die österreichische Identität durch die EU-Mitgliedschaft verloren gehen würde, haben sich nur für 12 % der Befragten völlig bestätigt. Fast die Hälfte meint hingegen, dass sich derartige Ängste als grundlos erwiesen hätten.

Wirtschaftswachstum und Frieden

Die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Friedenssicherung in Europa sind jene Bereiche, die von den ÖsterreicherInnen der EU gutgeschrieben werden. Ein gemischtes Zeugnis stellen die Befragten der EU hingegen für die Verbesserung des Konsumentenschutzes, die Bekämpfung der Kriminalität sowie die Stabilität der Preise aus. Negativ beurteilt wird der Beitrag der EU zur Reduzierung des Transits sowie zur Hebung der AKW-Sicherheit bei unseren Nachbarn.

Vertrauen in den Euro seit 2004 gewachsen

Insgesamt 70 % der Befragten haben großes Vertrauen in den Euro. Im Jahr 2004 lag der entsprechende Wert bei 50 %. Geringes Vertrauen haben 29 % der ÖsterreicherInnen (2004: 48 %).

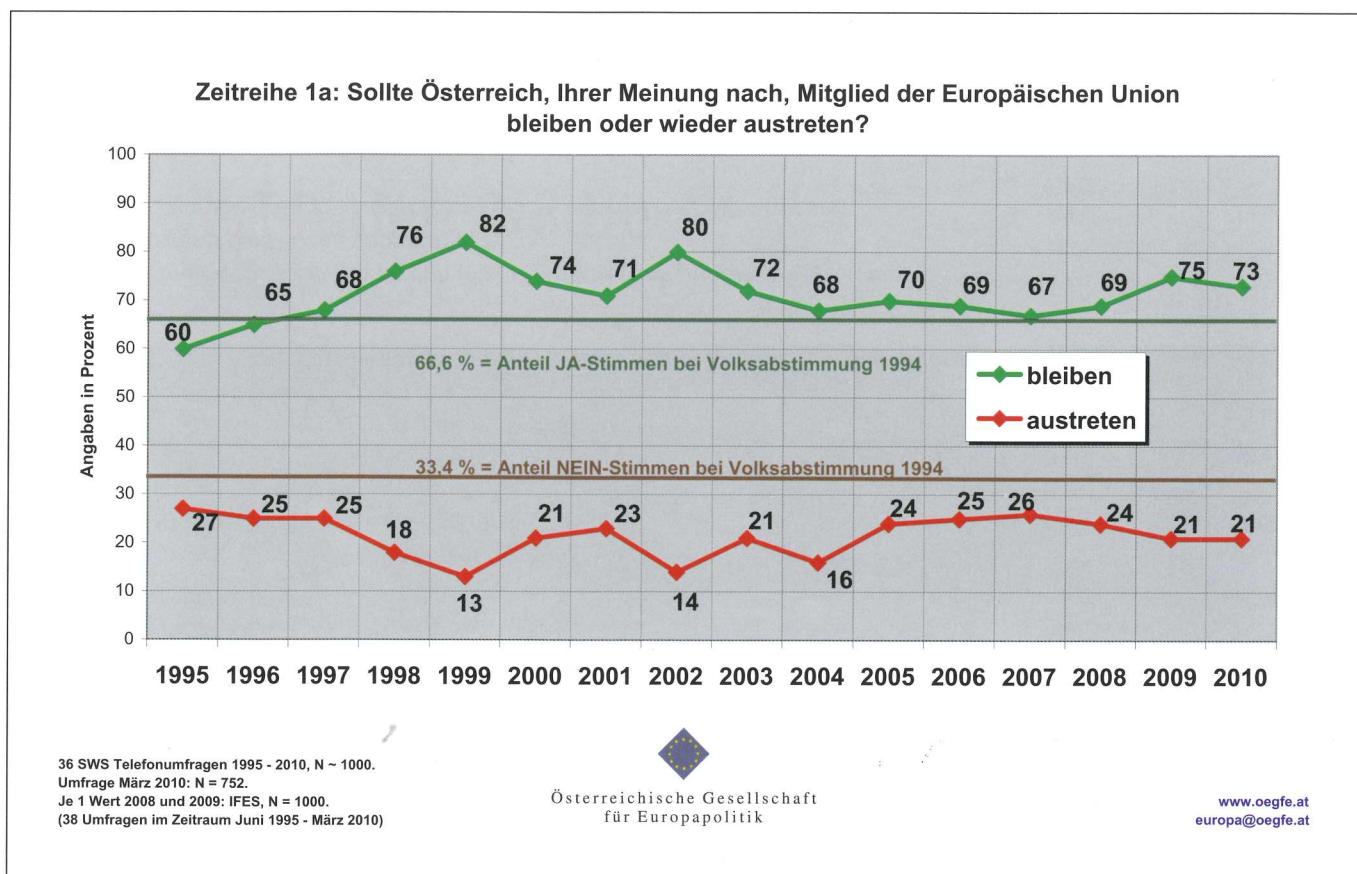
EU-Erweiterung

Die ÖsterreicherInnen bewerten den EU-Beitritt unserer Nachbarn Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei rückblickend mehrheitlich positiv. 56 % empfinden die Aufnahme unserer Nachbarn als „gute Entscheidung“, 19 % sind gegenteiliger Ansicht.

Neuen Erweiterungsschritten in Südosteuropa wird dagegen eher mit Skepsis begegnet. Einzig ein kroatischer EU-Beitritt würde mehrheitlich begrüßt werden („begrüßen“: 52 % / „ablehnen“: 21 %). Eine EU-Mitgliedschaft der anderen Länder des früheren Jugoslawien sowie von Albanien wird hingegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt.

Schengen: Ein positiver Schritt, aber die Ängste überwiegen

62 % der Befragten sehen den Abbau der Grenzen in Folge des Schengener Abkommens als Schritt in Richtung eines



zusammenwachsenden Europas. Und auch die Vorteile, dass die Wartezeiten an den Grenzen entfallen, werden von einer überwiegenden Mehrheit wahrgenommen (83 %).

Allerdings herrschen bei einer großen Mehrheit der Befragten Sorgen bezüglich zunehmender Kriminalität und Verkehrsbelastung. 75 % fürchten, dass die Kriminalität durch die offenen Grenzen ansteigt, 67 % meinen, dass die Verkehrsbelastung zunimmt.

Öffnung der Arbeitsmärkte 2011 – Zuzug von Arbeitskräften erwartet

76 % der Befragten rechnen damit, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer aus jenen Ländern, die im Jahr 2004 der EU beigetreten sind, Auswirkungen auf Österreich haben wird. 62 % erwarten einen verstärkten Zuzug von Arbeitnehmern. 64 % fürchten, dass einzelne Branchen in Österreich gefährdet sein könnten.

Mehrheitlich (53 %) wird allerdings auch angenommen, dass durch die Öffnung des Arbeitsmarkts die Nachfrage

nach qualifizierten Fachkräften in manchen Branchen befriedigt werden könnte. Nur eine Minderheit (24 %) rechnet jedoch damit, dass hierdurch auch das Problem der illegalen Beschäftigung gelöst wird.

Bilanz

Die Bilanz nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft fällt somit ambivalent aus: Zwar ist die Zugehörigkeit zur EU unbestritten und viele ÖsterreicherInnen verbinden damit auch persönliche Vorteile. Doch herrschen ebenso Sorgen bezüglich Kriminalität, Verkehrsbelastung und der Sicherheit von Arbeitsplätzen.

Die Politik und die Interessenvertretungen sind weiterhin gefordert, in einen offenen Dialog mit den Menschen zu treten und auch manche Themen stärker öffentlich zu kommunizieren.

Der Wunsch nach Information wäre in jedem Fall vorhanden – so meinen 91 %, dass der ORF häufiger darstellen soll, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken.